

Stadtverordnetenbüro  
Auskunft erteilt: Frau Allamode  
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 05.11.2007

## **Niederschrift**

der 10. Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur  
am Donnerstag, dem 25.10.2007,  
Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.  
Sitzungsdauer: 18:00 - 19:15 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Stadtverordnete der CDU-Fraktion:**

Frau Karin Losert	<b>Ausschussvorsitzende</b>	
Frau Karen-Heide Bernard		(in Vertretung für Stv. Bouffier)
Herr Dieter Gail		
Frau Christine Wagener		
Herr Prof. Dr. Klaus Kramer		(in Vertretung für Stv. Zörb)

#### **Stadtverordnete der SPD-Fraktion:**

Frau Ika Veronika Bordasch		
Herr Burkhard Schirmer		(in Vertretung für Stv. Geißler)
Frau Dr. Ulrike Krautheim		
Herr Mehmet Tanriverdi		

#### **Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Frau Maren Kolkhorst		
Frau Susanne Lehne		

#### **Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:**

Herr Prof. Dr. Aris Christidis		
--------------------------------	--	--

#### **Stadtverordnete der FDP-Fraktion:**

Herr Harald Scherer		(in Vertretung für Stv. Greilich)
---------------------	--	-----------------------------------

### **Außerdem:**

Herr Klaus-Dieter Grothe	Fraktion B'90/Die Grünen	
--------------------------	--------------------------	--

**Vom Magistrat:**

Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat
Frau Susanne Koltermann	Stadträtin

**Von der Verwaltung:**

Herr Folkert Sauer	Leiter des Schulverwaltungsamtes
--------------------	----------------------------------

**Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:**

Herr Dieter Knoth	Büroleiter
-------------------	------------

**Entschuldigt:**

Frau Ursula Bouffier	CDU-Fraktion
Herr Carsten Zörb	CDU-Fraktion
Herr Dieter Geißler	SPD-Fraktion
Frau Annette Greilich	FDP-Fraktion
Herr Dr. Reinhard Kaufmann	Stadtrat

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung und der Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

**Vorsitzende** fragt, ob Bedenken bestehen, dass Herr Dr. Görich, Vorsitzender des Stadtelternbeirates, unter TOP „Verschiedenes“ Rederecht zu den nachstehenden Punkten erhält:

- *Nachmittagsbetreuung und Mittagessen in der Schule für Kinder deren Eltern Leistungen nach Hartz IV beziehen*
- *Situationen der Hauptschulen in Gießen*

Dagegen erheben sich keine Einwände.

**Vorsitzende** stellt fest, dass die Tagesordnung somit in der vorliegenden Form beschlossen ist.

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Fünfüzigkeit und Klassenstärke für die 5. Klasse der Liebigschule  
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 04.10.2007 - STV/1256/2007

3. Mehrbelastung der Schulsekretariate durch fehlerhafter LUSD-Software des Landes Hessen  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.10.2007 - STV/1268/2007
4. Berichtsantrag zum Bolzplatz an der Friedrich-Feld Schule  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2007 - STV/1270/2007
5. Verschiedenes

### **Abwicklung der Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

##### **1. Bürger/-innenfragestunde**

---

Es liegen keine Fragen vor.

##### **2. Fünfüzigkeit und Klassenstärke für die 5. Klasse der Liebigsschule** STV/1256/2007 **- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 04.10.2007 -**

---

#### **Antrag:**

Nach der im Stadtparlament beschlossenen Fünfüzigkeit sind im 5. Schuljahr der Liebigsschule unnötig große Schulklassen gebildet worden. Angesichts dieser Tatsache möge der Magistrat berichten,

- welche Maßnahmen von Seiten der Stadt getroffen werden können, damit Lernende und Lehrende entlastet werden,
- wie in Zukunft solche Härten verhindert werden können.

**Stv. Prof. Dr. Christidis**, Die Linke.Fraktion, begründet, den Antrag. Unter anderem merkt er an, dass zwei der fünf Klassen an der Liebigsschule derzeit von 36 Schülern besucht werden. Er möchte wissen, welche Maßnahmen von Seiten der Stadt getroffen werden könnten, damit Lernende und Lehrende entlastet und wie zukünftig solche Härten verhindert werden. Klagen über die räumliche Enge und die mangelnden Möglichkeiten für die Lehrkräfte, sich jedem Kind adäquat zu widmen, machen eine erneute Diskussion über die Klassengröße notwendig.

**Stv. Wagener**, CDU-Fraktion, entgegnet, sie sehe keine Möglichkeit, etwas an der Situation zu ändern. Sie verweist auf den Ende letzten Jahres gefassten Stadtverordnetenbeschluss, an der für die Liebigsschule im Schulentwicklungsplan vorgesehenen Fünfüzigkeit in der Klasse 5 festzuhalten. Der von der Fraktion

Die Linke. geforderte Bericht sei nicht nötig. Außerdem stellen Maßnahmen der Stadt einen Eingriff in die innere Schulverwaltung der Liebigschule dar.

**Stv. Gail**, CDU-Fraktion, ist der Meinung, dass die Leiterin der Liebigschule, Frau Dr. Sarges, die Hauptverantwortliche für das Problem sei. Jedes Jahr passiere dasselbe Spiel. Frau Dr. Sarges müsse „endlich einmal in die Grenzen verwiesen werden“. Sie müsse sich vorher überlegen, wie viele Schüler sie aufnehmen könne.

**Stv. Dr. Krautheim**, SPD-Fraktion, regt an, den Antrag um die Frage zu erweitern, wie viele abgelehnte Kinder tatsächlich an Schulen im Landkreis zurückgegangen seien.

**Stv. Prof. Dr. Christidis** weist die Äußerungen der Vertreter der CDU-Fraktion zurück. Leidtragende seien Lehrer und Kinder. Die Schwierigkeiten entstünden durch die beengten Räume.

**Stv. Tanriverdi**, SPD-Fraktion, schließt sich der Kritik des Stv. Prof. Dr. Christidis an und kritisiert zudem die zu kleinen Klassenräume für 36 Schüler im Haus A. Diese Zustände seien unzumutbar.

**Stadtrat Dr. Kölb** hält den Antrag für überflüssig. Er fragt, welche Maßnahmen die Stadt treffen solle. Es könne doch nur die Lösung geben, der Liebigschule die Sechszügigkeit zu genehmigen. Dies widerspreche aber klar dem Votum der Stadtverordnetenversammlung.

**Stv. Grothe**, Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, dass keiner die Liebigschule gezwungen habe, 35 Kinder in einer Klasse aufzunehmen. Er bekräftigt den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, an den Zügigkeiten nicht zu rütteln. Der Zuzug von Kindern aus dem Kreis in die Stadt sollte damit gestoppt werden.

**Stv. Schirmer** sieht den Grund für die Misere in der Einführung des dreigliedrigen Schulsystems, dass die Gießener Schullandschaft „zerbombt“ habe.

An der ausführlichen Diskussion beteiligen sich die Stv. Prof. Dr. Christidis, Gail, Wagener, Schirmer, Dr. Krautheim, Tanriverdi, Grothe und Stadtrat Dr. Kölb.

**Beratungsergebnis:**

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

**3. Mehrbelastung der Schulsekretariate durch fehlerhafter LUSD-Software des Landes Hessen** **STV/1268/2007**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.10.2007 -**

---

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen stellt fest, dass die Bediensteten in den Schulsekretariaten der Stadt durch unausgereifte Computersoftware des Kultusministeriums mit unverhältnismäßiger Mehrarbeit erheblich belastet werden. Die Stadtverordnetenversammlung wird ab sofort keine Mehrbelastungen der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch vermeintliche Reformen der Landesregierung mehr hinnehmen.

Der Magistrat wird aufgefordert, den genauen Umfang der Mehrarbeit und der Überstunden zu ermitteln, die in den Schulsekretariaten im Zusammenhang mit der fehlerhaften LUSD-Software entstanden sind, und der Stadtverordnetenversammlung darüber zu berichten.

Der Magistrat wird aufgefordert, die wegen der fehlerhaften Schulsoftware geleisteten Überstunden dem Land Hessen als Kostenverursacher in Rechnung zu stellen. Der Schuldezernent wird aufgefordert, sich im Schulausschuss des Hessischen Städtetags für eine Regelung im Sinne dieses Antrags einzusetzen. Sollte die Landesregierung die Kostenübernahme verweigern, ist durch die kommunalen Spitzenverbände eine Klage gegen das Land zu prüfen

**Stv. Bordasch**, SPD-Fraktion, begründet den Antrag und fordert, dass die wegen der problematischen Software der „Lehrer- und Schülerdatenbank“ entstandenen Überstunden für Schulsekretärinnen dem Land als Kostenverursacher in Rechnung gestellt werden sollen.

**Stadtrat Dr. Kölb** sieht keine Notwendigkeit in dem Antrag. Er teilt mit, dass von Januar bis September in sämtlichen Schulsekretariaten gerade einmal 55,5 Überstunden angefallen seien.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Stv. Schirmer, Bordasch, Gail Tanriverdi, Wagener, Scherer und Stadtrat Dr. Kölb.

**Beratungsergebnis:**

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE).

**4. Berichtsantrag zum Bolzplatz an der Friedrich-Feld Schule      STV/1270/2007**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2007 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zur zukünftigen Nutzung des völlig verwahrlosten Bolzplatzes neben der Friedrich-Feld-Schule zu berichten.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich der Stv. Tanriverdi und Stadtrat Dr. Kölb.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**5. Verschiedenes**

---

- **Stv. Dr. Krautheim**, SPD-Fraktion, merkt zu einem Antrag der BLG-Stadtverordneten an, dass in der vorliegenden Antwort des Magistrats u. a. stehe, dass das Landgraf-Ludwigs-Gymnasium „ca. 15 Absagen bzw. Zusagen an Landkreiskinder und verschiedene Schulen erteilt“ habe. Diese Angabe sage nichts aus und sie bittet, nach zu haken.

**Stadtrat Dr. Kölb** entgegnet, die Schule selbst habe diese Antwort so vorgelegt.

- Wie zu Beginn der Sitzung angekündigt, erhält **Herr Dr. Görich** (Vorsitzender des Stadtelfernbeirates) das Wort zu den Themen:
  - *Nachmittagsbetreuung und Mittagessen in der Schule für Kinder deren Eltern Leistungen nach Hartz IV beziehen*
  - *Situationen der Hauptschulen in Gießen*

Er teilt mit, dass immer mehr Kinder von Hartz-IV-Empfängern die Nachmittagsbetreuung an den Schulen nicht besuchen können, weil die Eltern kein Geld für das Mittagessen aufbringen können. Dies betreffe ausdrücklich auch Gymnasien. Er warnt vor einer steigenden Zahl von Bildungsverlierern.

Weiter führt **Herr Dr. Görich** aus, dass die Haupt- und Realschulen sinkende Anmeldezahlen verzeichnen. Angesichts dieser Tatsache mahnt er an, die Haupt- und Realschulen in der Stadt nicht aus dem Blick zu verlieren. Er schlägt zur Stärkung der Standorte die Übernahme von Patenschaften vor.

**Stadtrat Dr. Kölb** versichert, die Stadt werde sich um das Thema Nachmittagsbetreuung kümmern und bei den Schulen nachfragen. Weiter erklärt er, dass er sich für den Erhalt der Haupt- und Realschulen in Gießen

einsetzen werde.

- **Stv. Tanriverdi**, SPD-Fraktion, möchte zum Thema „Liebigsschule Haus B - Renovierung des Treppenhauses und der Klassenräume -“ wissen, ob diesbezüglich in den letzten 12 Monaten Briefe der Schulleitungen an die Verwaltung eingegangen seien, die unbeantwortet blieben. Weiter fragt er nach, welche Pläne die Stadt für das Haus B bezüglich der Renovierung des Treppenhauses und der Klassenräume habe.  
Die nachfolgenden Antworten von Stadtrat Dr. Kölb und Herrn Sauer, Schulverwaltungsamt, werden auf Bitte des Stv. Tanriverdi wörtlich protokolliert.

**Stadtrat Dr. Kölb:** *„Es gibt Schreiben der Schulleitung was das Haus B betrifft. Ob ich schriftlich geantwortet habe, weiß ich nicht. Aber zumindest habe ich mit der Frau Dr. Sarges in dieser Frage telefoniert, oder es gibt sogar Gespräche zwischen dem Leiter des Schulverwaltungsamtes mit Frau Dr. Sarges über das von ihr dargestellte Problem der Renovierung des Hauses B. Es ist meine Auffassung, und die habe ich ihr wahrscheinlich auch nahe gebracht, ich sage „wahrscheinlich“: Es geht hier im Haus B aus unserer Sicht mehr oder weniger um reine Schönheitsreparaturen. Die Substanz des Hauses ist in Ordnung, es ist eine Frage nicht wahr, da stimme ich Ihnen weitgehend zu, des Aussehens, aber die Funktionstüchtigkeit ist gegeben. Und von meiner Seite aus muss ich eine Priorität setzen, was ich an den einzelnen Schulen mache.“*

**Herr Sauer:** *„Die Fenster im dritten Obergeschoss, die marode sind, werden vom Hochbauamt gemacht, und das Hochbauamt arbeitet klassenraumweise Böden auf und renoviert Klassenräume. (Zwischenbemerkung Stv. Tanriverdi: „Das haben Sie vor zwei Jahren auch gesagt.“) Die sind auch in der Zwischenzeit schon gemacht worden, zusätzliche Räume. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Wir haben im nächsten Haushalt wieder Geld unter der Haushaltsstelle Gymnasien - Bauunterhaltung, Investitionen -, in der Gelder für Fensterrenovierungen eingestellt sind.“*

- **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur am Donnerstag, 29.11.2007, 18:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DIE VORSITZENDE:**

(gez.) L o s e r t

**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) A l l a m o d e